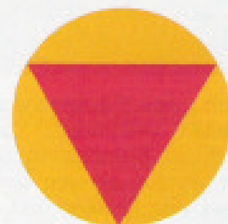
DM 1,–

# DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Januar 1/96



## Zum Jahre 1996

liebe Leserinnen und liebe Leser,

wünscht Euch der Landesvorstand und sein Organ „Der Bremer Antifaschist" persönliches Wohlergehen und viel Kraft für die Erhaltung demokratischer und sozialer Rechte.

Im Blick zurück auf das Jahr 1995 sind die vor uns stehenden Probleme bereits vorprogrammiert.

Die Haushaltslage in Bremen ist nicht ausgeglichen. Auch Senator für Finanzen, Ulrich Nölle, hat kein Rezept. Auch er will die „hausgemachten", wie die von der Bonner Koalition aufgedrückten Schulden, wie gehabt, von „denen" da unten bezahlen lassen.

Der Einsatz der Bundeswehr in der Friedenstruppe für das ehemalige Jugoslawien kostet Geld, das nicht da ist (angeblich heißt es). Die Milliarden, die die EU für den Aufbau im Balkan groß angekündigt hat, sind nicht eingeplant.

Und allerdings nicht zuletzt sind unsere Kolleginnen und Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft aufgerufen, sich einen Kopf zu machen,ob der Verzicht auf hart erkämpfte Leistungen, die Misere unserer Wirtschaft löst. Wir meinen Nein. (Denkt an Frankreich!)

Mit freundlichen Grüßen

Raimund

# Ausgerechnet Helmut Kohl mahnte

Ausgerechnet der Bundeskanzler, der die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt. Er mahnte in Paris die Unterzeichner des Friedensvertrages für Bosnien, die drei Präsidenten der Länder Ex-Jugoslawiens, alle ...kte gewissenhaft zu erfüllen. Er mahnte ohne Gewissensbisse, sind doch die Konflikte im Juli '92 eskaliert, nachdem sein Ex-Außenminister Genscher, gegen EU-Beschluß Kroatien zum selbständigen Staat erklärte.

Diese Tatsache wird immer wieder weltweit kundgetan. Weltweit, nur nicht in den deutschen Medien. Auch nicht am 6.12.1995 in der Debatte im Bundestag zu dem Antrag der Bundesregierung. Diesem Antrag stimmte der Bundestag mit großer Mehrheit zu: 4000 Soldaten sollen nach Ex-Jugoslawien entsendet werden. Keiner der Redner hat versäumt, seine Bedenken zu begründen. Keiner hat die Gründe für ein Scheitern der Friedensaktion dargestellt, wie der militärische Einsatz genannt wird. Da ist als erste Truppe eine Einheit aus Mittenwald abmarschiert. Diese Einheit ist in der „General-Kübler-Kaserne" seit Monaten für den Einsatz in Ex-Jugoslawien ausgebildet worden. Weil General Kübler ein von einem jugoslawischen Militärgericht zum Tode verurteilter Kriegsverbrecher ist, wurde die Kaserne umgetauft, als die Soldaten den Friedensauftrag bekamen. Anstatt hier nachzufragen, wurde darüber gestritten, ob die Soldaten einen Friedens- oder einen Kampfauftrag haben.

Weiter, es war viel die Rede vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Aber mit keinem Wort wurde über den Inhalt des Vertrages von Dayton gesprochen. Nicht nur die Serben, sondern auch die französische Administration hat Bedenken angemeldet. Sie empfiehlt, darüber nachzudenken, ob es klug ist, die Sarajewo-Serben und die große Anzahl von Dörfern unter bosnisch-kroatische Hoheit zu stellen. Ich füge hinzu, ob es klug ist, den mit heißer Nadel gestrickten Vertrag ohne Wenn und Aber durchzusetzen. Falls da keine Kompromisse mehr ausgehandelt werden, ist es keine Lösung.

Für diesen Fall hat die Nato bereits angewiesen, wenn feindselige Absichten erkennbar sind, darf geschossen werden. Ich frage, wie eine feindliche Absicht erkannt wird. Trifft dies vielleicht zu, wenn der „Serbe" nicht vom Bürgersteig geht, wenn ein Nato-Offizier kommt, wie ich es 1923 in Essen/Ruhr erlebt habe, wird dann mit einer Peitsche zugeschlagen? Überhaupt, wie ist denn eigentlich die Befehlslage? Ich erinnere: Ende Juli 95 bombten die Nato und deutsche Tornados auf die Stellungen der Serben um Sarajewo. Die schnelle Eingreiftruppe – mit deutschen Soldaten –, die eigentlich die Blauhelme schützen sollte, feuerte fleißig mit. Da griff der US-Präsident ein und rief die „Drei" nach USA zu Friedensverhandlungen. Er kam damit Rußlands Jelzin zuvor, der zu Oktober eingeladen hatte. Das Ergebnis ist bekannt, und der Bundestag hat beschlossen, weil Deutschland sich nicht vor der Verantwortung drücken will. Es gab immerhin noch über 100 Abgeordnete, die an ihrem Standpunkt festhielten und gegen den Militäreinsatz stimmten.

Allgemein wurde begrüßt, daß russische Einheiten an der Sicherung des Friedensprozesses teilnehmen. Die Ukraine und weitere Staaten, die nicht der Nato angehören, wollen teilnehmen. Die Tatsache erfordert, der Nato muß die Obergewalt entzogen und der Uno übertragen werden. Ebenso wichtig wäre auch die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit Europas" (OSZE) als allgemein verantwortlich einzuschalten.

Wenn der Friedensprozeß nach Daytonplan scheitern sollte, dafür hat die CDU/CSU schon einen Verantwortlichen genannt: „Belgrad". Damit ist das Feindbild schon gemalt. Also die Serben sind schuld, obwohl am gleichen Tage die Medien meldeten:

Die UNO-Hilfsorganisation in Genf hat die Brandschatzungen der moslemisch-kroatischen Truppen in Nordbosnien scharf verurteilt, kroatische Truppen räumen nicht die serbischen Gebiete. Dagegen lehnen die bosnischen Serben die Zusammenarbeit mit der UN-Menschenrechtskommission ab, die nach dem Verbleib einiger tausend Moslems aus Sebrenica forscht.

Und zuletzt: für die Wahlen und die Wirtschaft ist die OSZE verantwortlich, für die bewaffneten Militärs aus 25 Staaten die Nato. Und die Abrüstung von Serbien, Kroatien und Bosnien soll auf dem Petersberg verhandelt werden. Wenn das man gut geht,

fragt Willy

# Das Jahr 1995,

auch „Jahr Fünfzig nach Ende des zweiten Weltkrieges" genannt, war reich an historischen Gedenktagen. Wie wurden sie von den Spitzen im Staat, den Parteien und der Bundeswehr genutzt? Grundstimmung bei den Menschen, die den Krieg erlebten und überlebten, lautete: „Nie wieder Faschismus und Krieg." Es war der bisher in der Geschichte größte, umfassendste, rund um die Erde geführte, blutigste, mörderischste und gefährlichste aller Zeiten, mit den teuflischsten Waffen, Mitteln und Methoden geführte.

Bundespräsident Herzog erklärte beim Staatsakt am 8. Mai in Berlin: „... heute muß auch von dem gesprochen werden, was auf das Ende des Krieges folgte." Bereits im November 1994 sagte er laut „Süddeutscher Zeitung": „Was in der Vergangenheit Deutschlands geschehen sei, dürfe nicht verschwiegen werden oder in Vergessenheit geraten." Richtig! Genau darauf kommt es an. Dann muß es auch erlaubt bleiben, verantwortliche Politiker auf Versäumnisse der Vergangenheit aufmerksam zu machen.

Die Grundstimmung „Nie wieder Krieg," heißt doch, Armeen, Soldaten und Kriegsrüstung überflüssig zu machen. 5 Jahre, nachdem das größer gewordene Deutschland rundum ohne Feindstaaten ist und zu den Nachbarstaaten gute freundschaftliche Beziehungen bestehen, muß das doch möglich sein. Wenn es im Grundgesetz heißt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf," ist die Frage reif, was Kohl, Kinkel und Rühe noch verteidigen wollen. Verteidigung gegen beste Freunde? Das darf doch nicht wahr sein!

Und nationalistisches, militaristisches Großmachtstreben könnte bei den Nachbarstaaten Mißtrauen auslösen. Dem Weltmeistertitel im Handel mit Kriegsmaterialien sind wir sehr nahe. Direkt hinter den USA, aber vor England und Frankreich, den ehemaligen Siegerstaaten gegen Nazi-Deutschland. Die Justizschelte der Bonner Politiker und Bundeswehrführung gegen das Karlsruher Urteil um das Tucholsky-Zitat: „Soldaten sind Mörder," zeigt, daß diese Kräfte nicht daran denken, die Bundeswehr abzuschaffen.

Das Gegenteil ist ihre Absicht. Mit modernsten Waffen soll sie hochgerüstet werden. Und wozu? Die Grundstimmung von 1945, „Nie wieder Krieg," fordert: „Frieden schaffen ohne Waffen" und ohne Militär. Wenn, und wo Soldaten zum Einsatz kommen, muß damit gerechnet werden, daß geschossen wird und Bomben abgeworfen werden. Die Geschichte lehrt aber, daß dabei am wenigsten Schuldige getroffen werden. Der Abwurf von 2 Atombomben im zweiten Weltkrieg auf japanische Städte beweisen eindeutig, daß die Masse der Getroffenen unschuldige Menschen waren.

Vernünftige Politiker müßten daraus gelernt haben. Ihr Motto müßte lauten: Das Geld für Armeen, den Armen zu geben, damit der Hunger in der Welt verringert und abgeschafft wird. Denn eine alte Wahrheit sagt: Gibst Du Brot, kommt Sättigung. Schlägst du zu, folgt Revanche, Rache, Gewalterwiderung und Krieg. Das Tucholsky-Zitat ist – so gesehen – keine Beleidigung, sondern eine ernsthafte Mahnung für verantwortliche Politiker. Vernünftige Politiker sollten sich besser für die soziale Verteidigung stark machen. D.h. Schluß machen mit nationalistischem, militaristischem Großmachtstreben.

Alois Engel

# Lebenssituation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Bremen

In der Angestelltenkammer tagte am 15. 11. 95 eine Fachtagung von Menschen, die hauptberuflich und aus Engagement im Bereich der Betreuung minderjähriger Flüchtlinge aktiv sind. Der erste Sprecher versucht, das Spannungsverhältnis von Völkerrecht / UN Kinderschutzkonvention und das hier gültige Ausländerrecht miteinander abzugleichen. Es geht nicht, die Konvention enthält Fragen, die vom gegenwärtigen Ausländerrecht nicht gedeckt sind. Sehr offen sind z.B. Regelungen in Fällen, wo die Eltern nicht zu finden sind (z.B. Bürgerkriege).

Das zentrale Problem aber sind Fragen staatlichen Vorbehalts: mit verweigerter Einreise und der Flughafenregelung. Vor kurzem noch sollte die Altersfestsetzung per Röntgen verbessert werden. Abschiebungen aus der Unterkunft heraus sollten begünstigt werden, indem auch Jugendliche auf Schiffen oder in ähnlichen Einrichtungen untergebracht wurden. Exemplarisch wurden „Karrieren" geschildert. Wer ein Jahr auf einem Schiff oder in einer anderen Dauereinrichtung einquartiert wird, ist schon gestempelt. Einzelgruppen sind sehr selten, normal ist die Berechnung von 20-30 Personen pro Betreuer.

Armin van Döllen schilderte abschließend, welche Stellen des Jugendhilfsgesetzes auf welche Teile des Ausländerrechts zuträfen und kommt zur Überzeugung, daß der gesamte materielle Hilfeteil nicht abgedeckt ist. Jugendliche sind offenbar mit erwachsenen Flüchtlingen im Ausländerrecht eingebaut, soweit sie in Bremen stranden. Zum Schluß wird eine Resolution verabschiedet, die Mindeststandards vorsieht.

Raimund

## Exil Türkei

Gerade der jüdische Teil der deutschen Bevölkerung wurde durch die ersten systematischen Boykotte im April 1933 gefährdet. In der Schw[...] entstand die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland. Bis 1937 wurden 1702 Professoren und Wissenschaftler in Istanbul angestellt, mit 1000.- M, Reisekosten und für fünf Jahre. Mediziner unterschiedlichster Art, Rechtsgelehrte, Musiker wie Hindemith, Physiker, Chemiker, Zoologen. Die Hörsäle waren improvisiert; türkisch wurde Satz auf Satz übersetzt.

Das Exil in der Türkei bedeutete vor allem Rettung des Lebens (und natürlich der bürgerlichen Existenz). „Vom ersten Tag an mit Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft aufgenommen," schrieb Frau Dr. Erna Erkstein. Etwas schwieriger die Lage der Assistenten, die z.T. in bedrückenden Verhältnissen lebten. Die Verfolgung zuhause untergrub auch manche Leben.

Raimund

# Die unwürdigen Opfer oder Unrechtsbereinigung FDGO

Das ist der Titel eines Scenariums von Hanne Hiob, das am 29. 11. im Jungen Theater aufgeführt wurde. Das Scenarium enthält Szenen aus Prozessen in der Adenauerzeit, in denen RA Heinrich Hannover Verteidiger war. Die Gerichtsszenen wurden von den Betroffenen dargestellt. Songs, Gedichte, immer wieder ein „kleiner Brecht" gelesen von Hanne Hiob, dazu ein „kleiner Mordfilm" Hiobsbotschaft von Otokar Runke, rundeten das Szenarium ab.

Statt einer Beschreibung veröffentlichen wir das Vorwort von Heinrich Hannover in Rolf Gössners „Vergessene Opfer des Kalten Krieges" (Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994) aus dem Begleitheft: Heinrich Hannover:

…aß die Gerichte der DDR im Zeichen der ideologischen Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Westen Justizopfer produziert haben, braucht man hierzulande niemandem zu sagen. Sie können für das ihnen widerfahrene Unrecht Entschädigung nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz beanspruchen.

**Aber wer weiß noch,** daß es auch in der alten Bundesrepublik eine Politische Justiz gegeben hat, die den kalten Krieg im Gerichtssaal geführt und Menschen um ihre Freiheit, ihren Beruf, ihre Renten, mit einem Wort: um ihr Lebensglück gebracht hat, weil ihre politische Gesinnung nicht in die antikommunistisch ausgerichtete Gesellschaft des kalten Krieges paßte? Wer weiß, daß noch Menschen unter uns leben, denen Justizunrecht zugefügt wor…n ist, ohne daß sich der Gesetzgeber um eine Wiedergutmachung bemüht? Wer weiß, daß darunter Menschen sind, die sich, wie es im Bundesentschädigungsgesetz hieß, um das deutsche Volk verdient gemacht haben, indem sie Widerstand gegen das Hitler-Regime geleistet hatten, Menschen, denen zweimal in ihrem Leben Justizunrecht zugefügt worden ist, das erste Mal von Hitlers Nazijustiz und das zweite Mal von Richtern, die den Eid auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung geleistet hatten? Und oft genug waren es Richter, deren erster Treueschwur dem Führer Adolf Hitler gegolten hatte. Sie brauchten als Waffenträger des kalten Krieges nur geringfügig umzulernen.

**Den Feind kannten sie schon.** Garanten deutscher antikommunistischer Tradition, die unangefochten bis an ihr Lebensende Gehälter und Pensionen verzehren konnten, die sie im Dienste zweier Staatsgewalten verdient hatten, die auf jeden Fall ein gemeinsames politisches Credo hatten: Der Feind steht links!

**Ihre Opfer** aber verloren nach einer der schäbigsten Gesetzesvorschriften, die man sich in Bonn ausgedacht hat – § 6 Bundesentschädigungsgesetz –, sogar die Rentenansprüche, die ihnen als Wiedergutmachung für das in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Hitlerstaates erlittene Unrecht zugesprochen worden waren. Ich habe sie in langjähriger Strafverteidigertätigkeit kennengelernt, sowohl die Richter als auch deren Opfer. Ein Blick hinter die Kulissen des Rechtsstaats, der den meisten Zeitgenossen erspart geblieben ist. Denn Politische Justiz spielt sich, obwohl die Öffentlichkeit der Verhandlungen formal gegeben ist, in aller Regel fern vom öffentlichen Interesse ab. Ihre Ergebnisse werden, wenn überhaupt, über Medien verkürzt mitgeteilt und verfestigen dank eines unerschütterlichen Justizvertrauens der deutschen Nichtjuristen eine öffentliche Meinung, nach der alles, was durch deutschen Richtermund verkündet wird, auch rechtens sein müsse. Dabei gibt es kaum ein besseres Protokoll der Sünden deutscher Nachkriegspolitik als die in Urteilen der Politischen Justiz (auf beiden Seiten der Mauer) festgeschriebenen Ungerechtigkeiten. Hier ist von einer Politischen Justiz die Rede, deren Existenz von ihren Machern in stereotyper Regelmäßigkeit bestritten wird. Es gebe keine Gesinnungsjustiz, es gehe nur um reine Rechtssachen, die Angeklagten seien Kriminelle. Selbst dem skandalösen Prozeß gegen Markus Wolf wurde von dem Vorsitzenden Richter der politische Charakter abgesprochen. Ich selbst habe diese gespielte Naivität der mit der Aburteilung politischer Gegner befaßter Juristen bis über die Schmerzgrenze hinaus miterlebt. Es hat sie hüben und drüben gegeben, jawohl. Und es waren hüben und drüben gerade auch Kommunisten, die von staats-, führer- und linientreuen Richtern ins Gefängnis geschickt oder ums Leben gebracht wurden. Wenn man die lange Reihe der von stalinistischen, hitleristischen und anderen Staatsterroristen eingesperrten oder ermordeten Kommunisten durchgeht, ihre Lebensschicksale, ihre politischen Aktivitäten, ihre Schriften und Reden, ihre Prozeßprotokolle studiert, wird man von Trauer und Zorn gepackt. Die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht konnten sich noch in der Bundesrepublik Deutschland ihrer Tat rühmen.

**Die Mörder ungezählter** kommunistischer Widerstandskämpfer gegen den Hitler-Faschismus sind unbestraft geblieben und konnten vielfach in der Justizhierarchie des Hitler-Reichs und – was noch schlimmer ist – der Bundesrepublik Karriere machen.

„Wir Kommunisten sind nur Tote auf Urlaub," sagte Eugen Leviné in seinem Schlußwort vor dem sogenannten Volksgericht, das ihn wegen Teilnahme an der Bayerischen Räterepublik 1919 zum Tode verurteilte."

Anschließend folgte B. Brecht nach Adenauers: Jetzt sei es Zeit, nicht mehr von der Wiedervereinigung, sondern von der Befreiung des Ostens zu reden.

**Zwei Gesellschaftsordnungen**

**Wenn sich durch besondere Umstände**

**In einem Teil eines Landes**

**eine neue Gesellschaftsordnung bildet,**

**Während der andere Teil in der alten verharrt,**

**Muß eine scharfe Feindschaft dieser beiden Teile des Landes erwartet werden.**

**Beide werden sich bedroht fühlen,**

**und einander barbarisch nennen.**

**(B.Brecht 1953)**

## Liedschatz

Die 4 Freunde aus (Ost-)Berlin begeisterten das Publikum. Es war ein Programm mit Liedgut der vergangenen 50 Jahre, mit Fragestellungen, die bei uns sicher so bekannt waren wie in Berlin. Da war das Lied vom einfachen Frieden. Da war das Lied von Janusz Korczak, das vor allem die Bremer Kameradinnen und Kameraden tief berührte. Im zweiten Teil des Programms war es ein Thema: mich brennt's in meinen Reiseschuhen. Es ging ganz ungeniert weiter mit einer Geschichte zu Sauerkraut und den Kerzen. Der Abend klang aus mit einem Lied, mit dem überall und irgendwo Abschied gefeiert wurde: Auf Wiederseh'n.

# Nordpol-Gespräch

Am 14. November fand im gutgefüllten Saal in Vegesack ein neues Nordpol-Gespräch statt. Es ging um die Funktion und Rolle der Bundeswehr. Was angefangen mit Widerstand, ohne-mich, erhielt nach 1990 plötzlich eine Diskussion um Einbindung in Sicherheitsstrukturen außerhalb der NATO oder ähnlicher Abkommen. Ralph Fücks ging in die vollen. Er erzählte erst mal, was er gegen Ende der 80er noch geglaubt habe. Er habe gegen den Vietnam-Krieg demonstriert, gegen den Einmarsch in die CSSR, gegen NATO/US Truppen, schlug aber dann den Bogen zur Frage, warum der Yewish World Congres gegen den Faschismus aufgetreten sei. Vor dem Versagen des Völkerbundes zu Beginn des 2. Weltkriegs sei zu fragen, warum heute „die" Serben dermaßen auftreten?

Andreas Buhro sieht in der NATO-Formierung einen großen Schritt nach außerhalb der Vertragsgrenzen. Die UNO hat die Idee einer eigenen Ordnungsmacht (Polizei). Die CDU möchte über die verteidigungspolitischen Richtlinien in die Straße von Malakka. Jedenfalls brauchte die Europäische Union notfalls Selbständigkeit gegenüber den USA. Gregor Gysi führte aus, Vetorecht habe nur dann Sinn gemacht, solange Spannung UdSSR/USA. Heute gebe es gewaltige Konflikte, die bei uns in der Presse kaum auftauchten (Afghanistan, Ruanda). Bei Jugoslawien sei ja die Frage, wieso die alten Achsen wieder funktionierten. Die Frage der Energieboykotts hätten ja nur klappen können, wenn Rumänien/Bulgarien Ausgleich für ihre Verluste erhalten hätten. Großstaatsmethoden jedenfalls erlaubten nicht, daß Militärkontingente kleiner Staaten wirksam zur Beendigung beitragen könnten.

Für Ralph Fücks jedenfalls sei die Bundesrepublik durch die Bewegung ziviler geworden, Militaristisches nicht kultiviert worden, was publikumswirksame Formen von Zwischenrufen beantworteten. Armin Stolle fragte, wie denn der Zusammenhang einer in letzter Konsequenz militärisch bedingten Lösungsstrategie aufzulösen sei. Wie sehe denn wohl die größte EU-Macht dann aus? Ihm komme es darauf an, daß der Machterhalt der Bundesrepublik so nicht voranschreite. Herr Adam von der Bundeswehr erzählte uns, aus der Katastrophengeschichte des Weltkriegs II habe die Bundeswehr die Lehre gezogen, jetzt eben nicht mehr im Alleingang zu marschieren. Für Andreas Buhro ist die Vorstellung, daß für die OSZE gerade mal ein 3/4 Panzer oder anders 1/8. der Gelder für den Bundeswehrverband ausgegeben werden, erschreckend. Mit dem Einzug in den Sicherheitsrat wird der G7-Gipfel dort Platz nehmen. Gregor Gysi warnte vor einer Supermachtrolle Kohls. Armin Stolle appellierte, die innenpolitische Rolle der Sozialabbaumaßnahmen nicht außer acht zu lassen.

Raimund

# In vielen Orten tätig

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

Auch in diesem 5. Jahr seit der Gründung unseres Landesverbandes grüßen wir Euch von unserer Beratung dieses Jahres anläßlich des Weihnachtsfestes und Jahreswechsels kameradschaftlich herzlich... Das Jahr 1995 war für die meisten unter uns angefüllt mit Daten inhaltsschwerer Erinnerung unterschiedlichster Art. Wir erinnerten uns an die Beendigung der Kampfhandlungen auf deutschem Boden und damit an die von uns allen teils aktiv betriebene, auf jeden Fall aber herbeigewünschte Befreiung vom 12 jährigen Naziterror... So unterschiedlich nach Form und Inhalt die Veranstaltungen zur Erinnerung an die Begebenheiten vor 50 Jahren und der 12 Jahre zuvor waren – in keinem Falle konnten sich jene durchsetzen, die den 50. Jahrestag der Befreiung ummünzen wollten zu einem Tag des Beginns von Unrecht und Leid. Auch dank des Protestes der engagierten Antifaschisten des In- und Auslandes mußten sie sogar ihre für München vorbereitete Veranstaltung wieder absetzen.

Bei der Vorbereitung, Gestaltung und Durchführung solcher Anlässe, wie Weltfriedenstag (1. September), Internationaler Gedenktag für die Opfer des Faschismus (12. September), Gedenktag an den Judenpogrom (9. November), verbunden mit dem Gedenken an den 60. Jahrestag der Verkündung der Rasse- und Erbgesundheitsgesetze des Deutschen Reichstages, die für viele Tausende Deutsche Tod und entwürdigende Verstümmelungen zur Folge hatten, waren wir ebenfalls in einer Reihe von Orten unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern beteiligt...

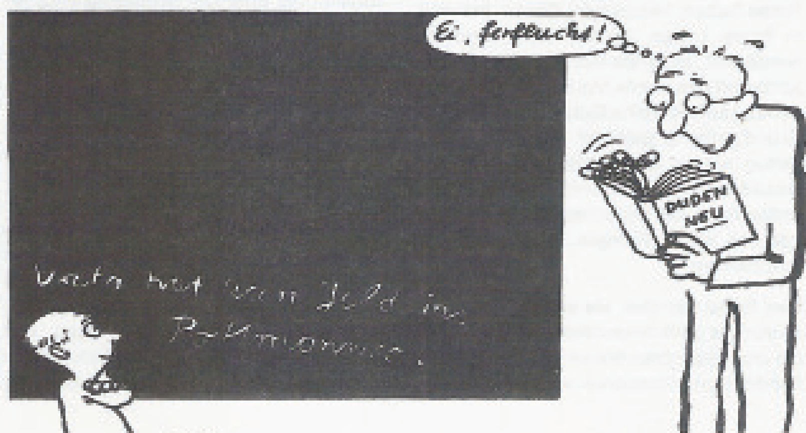
Erich Arndt

# Delegiertenkonferenzen in Berlin

Millionen Menschen nahmen an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus teil. 5 Jahre Beitritt bedeuteten harte Arbeit gegen Angriffe, Verleumdungen und Hetze. Für uns steht fest, Antifaschismus ist die Idee des 20. Jahrhunderts, er verbindet und vereint nationenübergreifend Millionen Menschen. Solange es Rassenhaß und Neonazismus gibt, solange er Widerstand gegen Krieg, Barbarei und Unterdrückung leistet, solange wir nicht zulassen, daß der Antifaschismus durch konservative rechte Kräfte reduziert, verunglimpft und mit aller Macht zum Schweigen gebracht werden soll, bleibt er ein politisch-moralisches Wertesystem. Wir sind aber nicht mehr in der Lage, die Betreuung unserer Kameradinnen und Kameraden aufrechtzuerhalten. Außer Fällen persönlicher Bereicherung oder Verstößen gegen Menschenrechte braucht aber keiner Angst vor Aberkennung zu haben. Grundlagen der Gesamtvereinigung mit dem BdA/VVN der Altbundesländer müssen durch perspektivisches Zusammenwachsen gekennzeichnet sein.

Erinnerung an die Geschichte der Humboldt-Universität, Gedenken der Opfer. Wir haben uns gewehrt gegen Umbenennungen, haben Fürstinnen mehr für Deutschland getan als Clara Zetkin? Verhindert wurde die Demontage der Todesmarschtafeln. Sachsen ist wieder im BdA. Widerstand gab er seit 1929, nicht erst seit 1944. Im übrigen tragen 30 Kasernen den Namen von Nazigenerälen.

Angaben von Walter Kübelbäck



## Alter 23: Kein Studium

Mit dem CDU-Innensenator verwandelt die große Koalition Bremen in eine ausländerfeindliche Stadt. Vor wenigen Wochen ließ Herr Bortscheller durch Polizisten (in einer Nacht- und Nebelaktion frühmorgens um drei Uhr) die Räume des kurdischen Kulturvereins „Hevalti" zerstören. Jetzt will er Fremden, die älter als 23 Jahre sind, die Aufenthaltserlaubnis für ihren Studienbeginn entziehen.

Der Lebenslauf des Innensenators widerspricht seiner eigenen Behauptung, ältere Studenten hätten weniger Chancen, später Arbeit zu finden. Laut Handbuch der Bremischen Bürgerschaft studierte Herr Bortscheller von 1964 bis 1973, also von seinem 19. bis 29. Lebensjahr. Bis zum zweiten Staatsexamen lag er lange ...n Jahre am Busen der Alma mater und fand dennoch einen (sogar überdurchschnittlich gut bezahlten) Beruf.

Unser Innensenator ist außerdem kein Vorbild für geplante Studienzeitverkürzungen.

Jürgen Karbe und Ernst Busche

## Bundeswehreinsatz in Bosnien

Warum müssen es immer Soldaten sein, die „unsere" Regierung auf den Balkan schicken will, wo sie doch nur Transporteure, Brückenbauer, Telefonierer, Funker, Logistiker, Flieger, Jäger mobilisiert?

Diese Tätigkeiten könnten doch Zivilisten genausogut ausüben. Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk, Bundesbahn, Telecom, Feuerwehren, Bauunternehmen verfügen über mindestens genauso qualifizierte Mitarbeiter. Unter ihnen sind sogar „Blau"männer, Helm- und Uniformträger und in frischer Luft Übende.

Aber nun die zweite Frage: Wo lernen und üben unsere Jungs das Friedenssichern und -erhalten, das Schlichten von Streit? Lernen sie eigentlich die Sprache der zu Befriedigenden? Über den Satz, den sie für Somalia lernten, lachte ganz Deutschland. Unsere Jungs sind also Soldaten und bleiben Soldaten, die ja auch nur andere Soldaten schützen und versorgen sollen. Und sie gehen „nur" nach Kroatien, wo kein Krieg ist.

Serben und Bosnier dürften glücklich sein, daß unsere „Krisenreaktionäre" (noch!) nicht mit Leopards und Kanonen herumballern.

Hildrud Brandt

## Hevalti

Der Bremer CDU-Innensenator verbietet einen kurdischen Kulturverein und läßt seine Polizisten wie Vandalen hausen. Am 14. Oktober morgens um drei Uhr stürmen Staatsschützer und Polizisten den Kurdisch-Deutschen Verein für Völkerfreundschaft e.V. Abends sehe ich zerbrochene Türen und Fenster. Tische und Stühle des Cafes, Kücheneinrichtungen, sogar persönliche und private Gegenstände, wie Akten über Asylverfahren und Wohnungsangelegenheiten, sind forttransportiert.

Bisher hat Herr Bortscheller noch keine Beweise für PKK-Straftaten von Mitgliedern des Vereins vorgelegt. Dennoch „bestraft" er den ganzen Verein. Ich meine, Vereinsverbote schaffen kein friedliches Zusammenleben von Fremden und Deutschen. Die Vereinsmitglieder „protestieren" auf kurdisch gegen deutsche Barbarei. Sie tanzen und singen in ihren zerstörten Räumen und verhandeln bis zu einer friedlichen Lösung. Der „Dachverband der Ausländer-Kulturvereine in Bremen" fordert mit Recht: „Der Innensenator sollte bei seiner Bewertung, ein Bremer Verein ‚gefährde erhebliche außenpolitische Belange der BRD', mitbedenken, inwieweit deutsche Außenpolitik auch das Leben der Kurden in der Türkei gefährdet." Schließlich liefert die Bundesregierung Waffen, die die Kurden aus ihrer Heimat vertreiben, und hier verbietet sie kurdische Organisationen. (Ich stelle mir gerade vor: Was geschähe,Polizisten verwüsten statt Hevalti das Cafe Knigge oder das Institut Francaise hier in Bremen?)

Ernst Busche

## Die Verharmloser

Der „vereinsamte" Rechtsradikalismus, Neonazismus als „eine Waffe Moskaus," Die Bagatellisierung des Antisemitismus, Aufrechnen: das Verfahren der moralisch Anspruchslosen, „Ausländer raus" nicht ohne weiteres strafbar, Meinungsfreiheit für rechtsradikale Hetzer, Bonn und die Waffen-SS, „Heil Hitler" bei der Bundeswehr, Hitlers Generale: verdient „um Freiheit und Recht", „Unverfrorenheiten" nach der Wende, Fremdenhaß als politisches Vehikel, Rechtsradikale Begleitmusik zur Wiedervereinigung, Neonazismus in der DDR, Dahrendorf: Die Gefahr droht von rechts, „Brüder im Ungeist totalitärer Allianzen", Die alten Muster

Dieses Buch aus dem Donat Verlag ist anders als alle sonstigen Texte zum Thema Rechtsradikalismus. Mit gnadenloser Prägnanz wird die Geschichte der Verharmlosung des neonazistischen Ungeistes während der jüngsten deutschen Vergangenheit beleuchtet. Die Verharmloser werden mit Namen genannt. Sie waren uund sind überall anzutreffen: in der Politik, in der Wirtschaft, in der Justiz, und in der Publizistik.

Conrad Talers Buch richtet sich gegen die „Schwamm-drüber-Mentalität," die unbeschadet aller Verdammungsurteile gegenüber dem Nationalsozialismus immer mehr um sich greift. Das Sündenregister der Verharmloser des Rechtsradikalismus ist eine Fundgrube für alle, die sich mit den gängigen Antworten auf Fragen nach bestimmten Fehlentwicklungen nicht zufrieden geben wollen.

(Im Büro erhältlich für 19,80 DM)

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Geburtsdatum, Ort ____________

Beruf ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

## Gedenkfeier zur Erinnerung an die Pogromnacht 1938

Auch dieses Jahr hatte der Antifaschistische Arbeitskreis vom „Bürgerhaus Gustav-Heinemann" in Vegesack gemeinsam mit der „israelitischen Gemeinde Bremen" zu einer Gedenkveranstaltung an die Pogromnacht vom 9./10. November 1938 eingeladen. Die Teilnehmer trafen sich um 17.00 Uhr an der Gedenkstätte, der ehemaligen Synagoge von Aumund. Nachdem die Redner auf das Ereignis des Jahres 1938 allgemein und konkret auf das Geschehen in Vegesack-Aumund eingegangen waren, fand ein kleiner Rundgang statt.

Vor einem ehemaligen jüdischen Kaufhaus, das sich damals ein Nazi aneignete und es noch nach 1945 weiter betrieb, wurden die Teilnehmer aufgefordert, sich an den Beirat zu wenden, damit eine Gedenktafel, deren Inhalt verlesen wurde, dort angebracht werden soll. 57 Jahre nach dem schrecklichen Verbrechen ist es nach all den Auslandsbesuchen verantwortlicher Bonner PolitikerZeit, den „Schön-Reden" im Ausland auch Taten im Inland folgen zu lassen.

Alois Engel

## Angst vor einem Blatt Papier

„Raffke"-Senator in der „Deutschen Eiche"

Als Bremens „Raffke"-Senator Perschau am gestrigen Montag zur CDU-Versammlung in Horn kommt, nimmt er ein Infoblatt entgegen, das ihn persönlich anspricht. Darauf mit Filzschreiber-Schrift: „Bremer Senatoren raffen 197.000 im Jahr, sie sparen bei Schulen, Kindergärten, Sozialhilfe." Dazu ein Ausschnitt aus dem WK vom 22. 11. : „Perschau soll zahlen" – nämlich 154.000 Mark als einer der vier Magdeburger „Raffkes" vom zuviel bezogenen Ministergehalt. CDU-Kreisverbandsvorsitzender von Dellinghaus stürzt mit den Worten „Herr Busche, hier wird kein Flugblatt verteilt. Wir haben hier das Hausrecht!" in den Saal und nimmt den Gästen die Infoblätter wieder weg. Die Angst des Vorsitzenden vor (Papier)blättern zeugt vom negativen Verhältnis zur Meinungsfreiheit. Nach dem Hinweis aufs Hausrecht muß Senator Perschau das Blatt vor der „Deutschen Eiche" (Quercus robur!!) entgegennehmen. Er steckte es ohne nachzufragen schnell in den Diplomatenkoffer und eilte (verspätet!) in den Saal. Dort wurde er von PDS-Freunden kritisiert. Es wird höchste Eisenbahn, nicht nur die SPD-, sondern auch die CDU-Senatoren mit Aktionen zu „belästigen".

Ernst Busche

## Soldaten sind Mörder

Zur Rede von Bundespräsident Roman Herzog : „Wehrpflicht ist Bürgerpflicht" (WK 16.11.95)

Der Verfassungshüter a.D. hat offenbar vergessen, daß es im Artikel 4 (3) des GG heißt: „Niemand darf gegen sein Gewissen (wohlverstanden – gegen sein Gewissen) gezwungen werden, eine Waffe in die Hand zu nehmen". Dieses Grundrecht wurde erst durch Beschluß des Bundestages vom 10. März 1956 eingeschränkt. Eingeschränkt durch den Artikel 12a. Eigentümlicherweise unter 12 und nicht unter Art. 4. Dazu nebenbei bemerkt, nach dem letzten Weltkrieg dürfte es keinen Zweifel mehr geben, daß auch Soldaten Mörder sein können, ohne daß alle Soldaten es sind.

Willy

## Termine

Am Dienstag, den 30. Januar 1996, ist der 63. Tag, an dem Reichspräsident P. v. Hindenburg Adolf Hitler als Reichskanzler einsetzte.

Diese Berufung und die Folgen ist das Thema **am Dienstag, den 30. Januar 1996 um 18 Uhr** einer Veranstaltung am Denkmal in der Bürgermeister-Deichmann-Str. Abschließend Erinnerungen im Büro der VVN-BdA am Ort.

**Am 4. Februar 1996** wird wieder eine Gedenkveranstaltung auf dem Waller Friedhof stattfinden. Wir treffen uns wie immer um 11 Uhr zur Kundgebung.

## Jahreshauptversammlung der Sinti und Roma

Voll war es reichlich. Es dauerte, bis alle zum Sitzen kamen. Ewald Hanstein eröffnete den Jahresrückblick mit einer Geschichte, wie im Rathaus das ehrende Gedenken für die Sinti und Roma begann. Waren es nur wenige Bremer Sinti und Roma, bei der Tafelenthüllung am Schlachthof, so erzählte Hanstein von Dora Mittelbau, zu dem Lager, in dem viele von ihnen vernichtet wurden durch Arbeit. Daher gedachte er auch Hermann Langbeins, der als Schreiber in Auschwitz die Totenbücher geführt hatte. Die Erzählung führte durch das Gedenken an den Bunkerbau in Bremen-Nord.

1995 war das Jahr, an dem endlich, nach so langen Mühen und Versuchen, erreicht wurde, daß Sinti und Roma als Minderheit in Deutschland anerkannt wurden. Es dauerte lange Zeit, bis aus den 10.000,– DM des T[illegible]pel-Ressorts ein tragfähiger Zuschuß [illegible]stand. Inzwischen geht die Verbindung soweit, daß Vorträge auch bei der Polizei erwünscht sind. Im übrigen klang der Abend aus mit Gesang und Tanz und vielen, vielen Einlagen. Die Musik war echt. Die Betroffenheit der Familien zeigte das.

Raimund

## Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:

Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 · Fax: 04 21/38 29 18

| | |
|---|---|
| Montag | 16.00 – 19.00 Uhr |
| Donnerstag | 15.00 – 18.00 Uhr |

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

regelmäßig Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 10. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

## *Geburtstage im Januar 1996*

| | |
|---|---|
| Helma Klems | 3.1., 68 J. |
| Fred Schultz | 7.1., 65 J. |
| Irmgard Alfken | 23.1., 65 J. |

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand